

Specht, K. G.

Article

Die Kölner Konferenz über die Gestaltung des Unterrichts in den Sozialwissenschaften (6. bis. 8. März 1953)

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft

Provided in Cooperation with:

Duncker & Humblot, Berlin

Suggested Citation: Specht, K. G. (1953) : Die Kölner Konferenz über die Gestaltung des Unterrichts in den Sozialwissenschaften (6. bis. 8. März 1953), Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, ISSN 1619-6244, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 73, Iss. 3, pp. 91-98, <https://doi.org/10.3790/schm.73.3.91>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/290777>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Berichte

Die Kölner Konferenz über die Gestaltung des Unterrichts in den Sozialwissenschaften (6. bis 8. März 1953)

I. Diskussionen und Schriften über Inhalt und Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung sind heute nicht selten. Auch über mangelnde Kongreßfreudigkeit kann man — zumindest soweit die Veranstaltenden angesprochen sind — nicht klagen. Daß dagegen über Fragen der Pflege und der Institutionen akademischer Disziplinen in einem größeren Kreise diskutiert wird, ist im allgemeinen und im Bereiche der Sozialwissenschaften im besonderen nicht an der Tagesordnung.

Diese Kölner Konferenz erfüllte eine doppelte Erwartung und Forderung: Einmal hatte die im vorigen Jahre in Paris veranstaltete Unterrichtskonferenz des Department of Social Sciences der UNESCO gezeigt, daß es fruchtbar und notwendig ist, wenn sich die Gelehrten der einzelnen Länder von Zeit zu Zeit zusammensetzen, nicht nur um die inhaltlichen Probleme ihrer Disziplinen zu beraten, sondern um den „institutionellen“ Bereich zu analysieren, seinen Stand zu überblicken und auf die künftige Entwicklung Einfluß zu nehmen. Dazu ist es zweckmäßig und erforderlich, daß auch diejenigen Persönlichkeiten hinzugezogen werden, die an der praktischen Verwirklichung beteiligt sind, wie die Vertreter von Ministerien und anderen Stellen der Öffentlichkeit. Solche Beratungen kommen nicht nur der Förderung der Wissenschaften im eigenen Lande zugute, sondern ermöglichen und intensivieren darüber hinaus die internationale Zusammenarbeit.

Das Hauptanliegen solcher Konferenzen wird sein, nachzuprüfen, ob und inwieweit eine Entsprechung des Standes der Forschung (sachlich wie personal) und der ihr dienenden Forschungs- und Lehrinrichtungen besteht. Daß hierzu erst einmal eine Übersicht über den Stand beider Seiten erforderlich ist, leuchtet ein. Aus dieser Darstellung und

Abwägung sollte und wird dann eine Ausarbeitung von Anregungen, Empfehlungen und Vorschlägen folgen, was möglicherweise — und wahrscheinlich wird dies sogar notwendig sein — zu einer Bildung von Dauerkommissionen führen wird, die mit der Entwicklung Schritt halten müssen.

Damit aber sind wir schon bei dem zweiten Punkt. Der Zeitpunkt dieser Kölner Konferenz war insofern richtig gewählt, als jetzt — acht Jahre nach Beendigung des Krieges — es angezeigt erschien, über die in diesen Jahren geleistete Aufbauarbeit Rechenschaft abzulegen und damit einen umfassenden Rückblick zu tun; denn man darf wohl sagen, daß die erste Phase dieser Aufbauarbeit nunmehr beendet ist. Rückblick und Darlegung des gegenwärtigen Standes, verbunden mit einer Planung für die kommende Zeit waren jetzt gerechtfertigt und erforderlich.

Die Anregung, eine Kommission zur Beratung von Unterrichtsfragen im Bereiche der Sozialwissenschaften zu schaffen, war zum ersten Male auf dem XI. Deutschen Soziologentag im September 1952 vom Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Soziologie gegeben worden. Bevor jedoch diese Kommission die Arbeit begann, konnte Prof. Leopold von Wiese nach Köln zu dieser Tagung im Namen der Gesellschaft einladen und damit den Auftakt dieser Arbeit geben. Zahlreiche Vertreter der verschiedenen Unterrichtsanstalten von der Universität bis zur Volksschule, von Ministerien und anderen Behörden, aus dem In- und Auslande fanden sich hier ein, um an drei Tagen Berichte anzuhören, in Ausschüssen Empfehlungen zu entwerfen und schließlich die Bildung von Dauerkommissionen zu beschließen. Unter den ausländischen Teilnehmern wurde besonders die Direktorin des Department of Social Sciences der UNESCO, Frau Dr. Alva Myrdal in Paris, begrüßt.

II. Nach Ansprachen des Rektors der Universität Köln, Magnificenz Prof. Dr. Wessels, und des Oberbürgermeisters der Stadt, Dr. Ernst Schwing, eröffnete Prof. von Wiese als Leiter die Tagung. Seine Ausführungen galten vor allem der Umreißung der Gesamtproblematik und der begrifflichen Erfassung der Sozialwissenschaften. Hierbei ging er näher auf die Rolle und Bedeutung der Grundwissenschaft „Allgemeine Soziologie“ ein. In ihr müßten alle anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen verwurzelt sein. „Sie ist auch das einigende Band aller unserer Spezialfächer. Sie muß auch der Kern aller Unterrichtsorganisationen sein und bleiben. Gewiß setzt die Allgemeinheit der theoretischen Soziologie Abstraktionen voraus, und es ist richtig, daß darin Schwierigkeiten für die Unterrichtsanstalten bestehen, die bei ihren Studierenden und Schülern die Nei-

gung und Fähigkeit, das unanschauliche Allgemeine zu verstehen, nicht voraussetzen können. Aber da jeder Mensch beständig den Zusammenhang und den Gegensatz von Ich und Du, von Ich und Wir, von Wir und Ihr erlebt und man an einfachen Beispielen des alltäglichen Lebens dies demonstrieren kann, ist es durchaus möglich, sogar in den Volksschulen wenigstens ein Gefühl von den schicksalbestimmenden Kräften des Zusammenlebens in empfängliche Seelen zu pflanzen. Ich erinnere nur daran, daß der Religionsunterricht schon in den Geist der Kinder Vorstellungen von Nächstenliebe, Pflicht, Gerechtigkeit prägt, und ich möchte behaupten, daß die Prinzipien des Zusammenlebens, wie sie die Soziologie aufweist, an Abstraktheit die ethischen Kategorien nicht übertreffen. Auch die Ideen von Pflicht und Liebe bieten dem tiefer dringenden Geiste denkender Menschen Probleme genug; aber wie es nicht notwendig ist, in den Jugendschulen von Kants kategorischem Imperativ zu reden, so braucht der Lehrer der Soziologie Kindern auch nicht das ganze verwickelte Geflecht von Person und Kollektivität vorzutragen, und er kann ihnen doch Vorstellungen von dem, was Familie, Volk, Beruf, Gemeinschaft sind, als einen Gewinn für ihr ganzes Leben bescheren. Gilt das schon für die Unerwachsenen, in wieviel höherem Maße für die Hochschüler. Die Abstraktheit der Allgemeinen Soziologie ist eine Abstraktheit besonderer Art. Sie führt von der entwürdigenden Zersplittertheit unseres arbeitsteiligen Berufslebens und der Schulung für dessen Anforderungen zum Allgemeinen, das zugleich das Konkreteste und Persönlichste ist; zu dem Menschen als Mit- und Gegenmenschen. ‚Tua res agitur‘ steht über dem Portal einer jeden Schule, in der Soziologie gelehrt wird.“

Dieser Eröffnungsansprache folgten die Berichte über die bisherige Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Organisation des sozialwissenschaftlichen Unterrichtes in Westdeutschland und Westberlin.

Über die westdeutschen Universitäten referierte der Unterzeichnete. Nach einem kurzen Überblick über die Entwicklung in den letzten drei Jahrzehnten stellte der Referent fest, daß die Nachkriegsjahre des ersten und die des zweiten Weltkrieges insofern ähnliche Züge aufwiesen, als in beiden Zeitabschnitten die Anteilnahme an sozialwissenschaftlicher Forschung stark angewachsen sei. Jedoch sei in den zwanziger Jahren wie auch heute der institutionelle Niederschlag hinter diesem Ansteigen weit zurückgeblieben. Sicherlich seien einige Institute wiedererrichtet worden und einige wenige Professuren und Dozenturen wieder besetzt worden, es entspreche dies jedoch nicht den Erwartungen, die man hegen könne und dürfe, wenn man die mannigfachen Bemühungen der Forschung und ihrer Vertreter berücksichtige. Es bestehe hier eine gewisse Gefahr, daß eine Stagnation eintrete.

Prof. Otto S t a m m e r - Berlin berichtete über die Freie Universität und die Hochschule für Politik in Berlin. Aus seinen Worten ging hervor, daß an beiden Institutionen den Sozialwissenschaften viel Förderung zuteil wird. Die Einzelheiten, die er über das angestrebte Unterrichts- und Prüfungssystem bekanntgab, waren recht aufschlußreich. Besondere Pflege finde in Berlin die Wissenschaft von der Politik (die ein wenig zu stark gegenüber der Soziologie vertreten zu sein scheint).

Prof. Werner Z i e g e n f u ß - Nürnberg behandelte die verschiedenen anderen Hochschulgattungen. An ihnen ist das Bild der Sozialwissenschaften recht unterschiedlich. An manchen Technischen Hochschulen sind sie gar nicht, an einigen nur gering vertreten. Besser dagegen ist es an der Wilhelmshavener und der Nürnberger Hochschule und an der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg.

An den Pädagogischen und Berufspädagogischen Akademien und Instituten habe sich die Erkenntnis der Notwendigkeit intensiver Pflege der Sozialwissenschaften weitgehend durchgesetzt, berichtete Prof. H. L. S t o l t e n b e r g - Gießen. Freilich fehlten oft die geeigneten Lehrkräfte für die sozialwissenschaftlichen Fächer, so daß diese von Vertretern anderer Disziplinen mitgelehrt würden. Den Universitäten falle die Aufgabe zu, hier Abhilfe zu schaffen, indem sie den späteren Lehrern an diesen Akademien eine entsprechende sozialwissenschaftliche Ausbildung vermittele.

Dr. Elsbet L i n p i n s e l - Dortmund referierte abschließend über die Gymnasien, die berufsbildenden Schulen, die Wohlfahrtsschulen und die Institutionen der Erwachsenenbildung. Vor allem bei den Wohlfahrtsschulen werde die Lehre der Sozialwissenschaften sehr gepflegt, wenn auch freilich manchmal ein wenig einseitig in fürsorglicher Richtung. Bei den anderen Schulgattungen müsse man sich jedoch zumeist auf die Vermittlung sozialwissenschaftlichen Gedankengutes im Rahmen anderer Fächer beschränken, was wiederum nach sich ziehe, daß auch für den dort wirkenden Lehrer eine sozialwissenschaftliche Grundausbildung gefordert werden müsse.

Man konnte bei diesen Berichten manchmal den Eindruck gewinnen, als seien die sozialwissenschaftlichen Disziplinen an den meisten Schulgattungen ausreichend vertreten und gepflegt. Vielleicht kam dies daher, daß die Referenten sich zumeist auf die Darstellung des Bestehenden konzentrierten, was ja auch ihre Aufgabe war. Was fehlte, blieb oft unerwähnt. So war es nicht verwunderlich, daß es in der anschließenden Diskussion einige Male Widerspruch gab und manche „negative Ergänzung“ gegeben wurde.

III. Für die Beratungen des zweiten Verhandlungstages bildeten sich aus dem Kreise der Teilnehmer vier Untergruppen, die im Programm der Tagung bereits umrissene Einzelfragen und Probleme diskutieren sollten. Die Ergebnisse der Erörterungen wurden zu Empfehlungen zusammengefaßt, die von den Federführern der Gruppen am dritten Tage dem Plenum vorgelegt wurden und hier zum Gegenstand der folgenden Generaldiskussion wurden.

Die erste Untergruppe hatte als Beratungsgegenstand „Die Einordnung der Sozialwissenschaften im Unterrichtssysteme“. Dabei wurden eine Reihe von Einzelfragen erörtert wie zum Beispiel die Berücksichtigung der Soziologie im nationalökonomischen und betriebswirtschaftlichen Studium. Obwohl hier die Gefahr einer Überbelastung der Studierenden besteht, sprach man sich doch für eine Aufnahme der Soziologie in diese beiden Studiengänge aus. Darüber hinaus wurde die Aufnahme der Sozialwissenschaften in der jeweils möglichen Form in alle Schulgattungen dringend empfohlen.

Die Forschungsinstitute seien wichtig, weil sie die Ausbildung der Studierenden in der Feldforschung übernehmen müßten. Der Plan eines praktischen Jahres oder Halbjahres könne ebenfalls nur in Zusammenarbeit mit diesen Instituten verwirklicht werden.

Das wichtigste Ergebnis dieser Beratungen war jedoch der Vorschlag, in Analogie zu anderen Diplomprüfungen — wie z. B. für Psychologie, Volkswirtschaftslehre usf. — eine Diplomprüfung für Soziologie zu schaffen. Nach Ablegung dieser Prüfung soll der Titel „Diplom-Soziologe“ verliehen werden. Eine Schwierigkeit taucht hier jedoch auf, die in der Tatsache liegt, daß an den deutschen Universitäten die Soziologie in verschiedenen Fakultäten beheimatet ist. Deshalb wird empfohlen, dieses Diplom einmal als Vorstufe für die Erlangung des philosophischen Doktors, dann aber ebenso für die Erlangung des wirtschaftswissenschaftlichen (staatswissenschaftlichen) Doktors einzurichten. Der Diplomprüfung soll ein achtsemestriges Studium vorausgehen, wobei freilich der Studiengang in den beiden Fakultäten nach Fächern nicht ganz übereinstimmt, sondern verschiedene Schwerpunkte aufweist. Hierzu wurden sehr ins einzelne gehende Vorschläge von der Gruppe unterbreitet. Diese wurden jedoch so abgefaßt, daß den einzelnen Fakultäten ein möglichst weiter Spielraum belassen wird, damit sie ihre besonderen Bedingungen und Verhältnisse jederzeit berücksichtigen können.

Der Vorschlag einer Diplomprüfung für Soziologen zieht eine Reihe von Folgen nach sich, die man nicht außer acht lassen sollte. So z. B. wird erreicht werden müssen, daß der künftige Diplom-Soziologe im

Staatsdienst dieselbe Anerkennung findet, wie dies heute auf anderen Gebieten, etwa beim ausgebildeten Juristen, der Fall ist.

Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß diese Anregung für die gegenwärtige Situation der Sozialwissenschaften in Deutschland von großer Bedeutung ist und nun alles darangesetzt werden sollte, sie zu verwirklichen.

Die zweite Untergruppe beschäftigte sich mit der Handhabung des Unterrichts. Zur Gestaltung der Lehr- und Lerntätigkeit wurde die Verbindung von Vorlesungen, seminaristischen Übungen, Rollenspiel und Feldarbeit empfohlen. Neben dem individuellen Studium solle auch die Gruppenarbeit gepflegt werden. Vor allem die jüngeren Semester seien in Arbeitsgemeinschaften zusammenzufassen, deren Leitung bei Assistenten oder erfahrenen Studierenden liegen solle. Dieser Einrichtung dürfe aber kein Zwangscharakter innewohnen. Sie ist lediglich gedacht als eine Ergänzung zu dem individuellen Studium. Die älteren Studierenden sollten bei Forschungsarbeiten im Rahmen der vorhandenen Institute und ähnlicher Einrichtungen mitwirken, um hier Erfahrungen in der praktischen Sozialforschung zu gewinnen. Es empfehle sich, in Parallele dazu Vorlesungen und Kolloquien über Methodenfragen der empirischen Forschung zu veranstalten.

Die Untergruppe III hatte als Verhandlungsgegenstand die Ausbildung und Stellung der Lehrer der Sozialwissenschaften. Aus den Empfehlungen seien hier als besonders wichtig folgende herausgegriffen. 1. Vorschlag: den Fachvertretern der Sozialwissenschaften soll in den jeweiligen Fakultäten eine engere Zusammenarbeit insofern ermöglicht werden, als man diesen den Charakter einer Abteilung verleiht. Bei den verschiedenen Akademien ist zu fordern, daß, soweit ein hauptamtlicher Lehrkörper besteht, auch die Sozialwissenschaften hauptamtlich vertreten sind. 2. Vorschlag: Es wird empfohlen, daß an denjenigen anderen Erziehungs- und Bildungsinstituten, für die öffentliche Mittel aufgewendet werden, sozialwissenschaftliche, im besonderen soziologische Lehraufträge nur an solche Kräfte erteilt werden, die eine ausreichende wissenschaftliche Qualifikation nachweisen können. Es ist anzustreben, daß sozialwissenschaftlicher Unterricht nur von solchen Lehrern erteilt wird, die eine entsprechende Lehrbefähigung besitzen. Um den Nachweis einer solchen Lehrbefähigung zu ermöglichen, müssen die bestehenden Prüfungsordnungen geändert werden.

Damit ist eines der wesentlichen Probleme angeschnitten, daß nämlich die Möglichkeit, an Höheren, Berufs-, Fach- und sonstigen Schulen sozialwissenschaftlichen Unterricht zu erteilen, letztlich von den Institutionen geschaffen werden muß, die für die Ausbildung der

entsprechenden Lehrer verantwortlich zeichnen. Es ist deshalb nur folgerichtig, wenn man bei der Lehrerausbildung die breite Einführung des sozialwissenschaftlichen Unterrichts fordert. Dann wird sich gewissermaßen von selbst die Möglichkeit, sozialwissenschaftlichen Unterricht in den nachgeordneten Schulgattungen zu erteilen, ergeben.

Die IV. Untergruppe schließlich befaßte sich mit dem Verhältnis des Unterrichtes in Deutschland zu Lehre und Forschung im Ausland. Hier gaben die teilnehmenden ausländischen Kollegen Überblicke über die Organisation der Sozialwissenschaften in mehreren europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten. Dabei konnte festgestellt werden, wie wesentlich die sozialwissenschaftliche Ausrichtung des Unterrichts schon in den Volks- und Mittelschulen für die Gestaltung und das Ansehen der Sozialwissenschaften überhaupt ist. Auch in dieser Untergruppe wurde stark betont, daß eine gründliche sozialwissenschaftliche Ausbildung für die Lehrer der verschiedenen Schularten gefordert werden muß. Nur auf diese Weise könne den Sozialwissenschaften eine breitere Basis und Wirkungsmöglichkeit geschaffen werden.

Diese Empfehlungen, deren Hauptpunkte hier kurz dargestellt wurden, bildeten, wie gesagt, den Gegenstand von kurzen Berichten der Vorsitzenden der einzelnen Untergruppen am dritten Verhandlungstage. (Berichterstatter waren: Frederik Pollock-Frankfurt, Leopold v. Wiese-Köln, Karl Gustav Specht-Köln, Heinz Sauer mann-Frankfurt.) Nach einer kurzen Diskussion über diese Empfehlungen wurde beschlossen, die in den Untergruppen begonnene Arbeit in kleinen Kommissionen fortzuführen. Diesen Gremien falle die Aufgabe zu, die Empfehlungen weiter zu bearbeiten und Wege zu öffnen, sie zu verwirklichen. Auch wurde in Aussicht genommen, wenn möglich schon im Herbst dieses Jahres eine zweite Konferenz einzuberufen, die im größeren Kreise weiterberaten soll. Der Wunsch, die begonnene Arbeit nun kontinuierlich fortzusetzen, war — so konnte Leopold von Wiese abschließend feststellen — allgemein; denn die Forderung, die Pflege der Sozialwissenschaften an allen Schularten zu erweitern und zu intensivieren, war ebenso einhellig.

Der große Widerhall, den die Konferenz in Kreisen der Wissenschaft wie auch in der Öffentlichkeit gefunden hat, ist ein — mehr als nur äußeres — Anzeichen dafür, daß der Zeitpunkt der Konferenz richtig gewählt war, daß die Basis des sozialwissenschaftlichen Unterrichts in den letzten Jahren wieder geschaffen wurde, wenn sie freilich auch noch nicht an allen Stellen allzu festgefügt ist. Der nun zu fordernde weitere Aufbau auf dieser Basis muß dem vor-

handenen Interesse und der Notwendigkeit sozialwissenschaftlicher Forschung entsprechen. Diese Forderung erneut zu erheben und den Weg aufzuzeigen, der bei dieser anzustrebenden Entwicklung beschritten werden muß, war nicht die letzte Aufgabe dieser Konferenz.

K. G. Specht - Köln